

Arbeitsrecht der betrieblichen Altersversorgung • Fortsetzungsbezug

und Zeitwertkonten

von

Dr. Anja Schewing, Prof. Dr. Martin Henssler, FAArbR Dr. Johannes Schipp, Dr. Elmar Schnitker

Grundwerk mit 21. Ergänzungslieferung

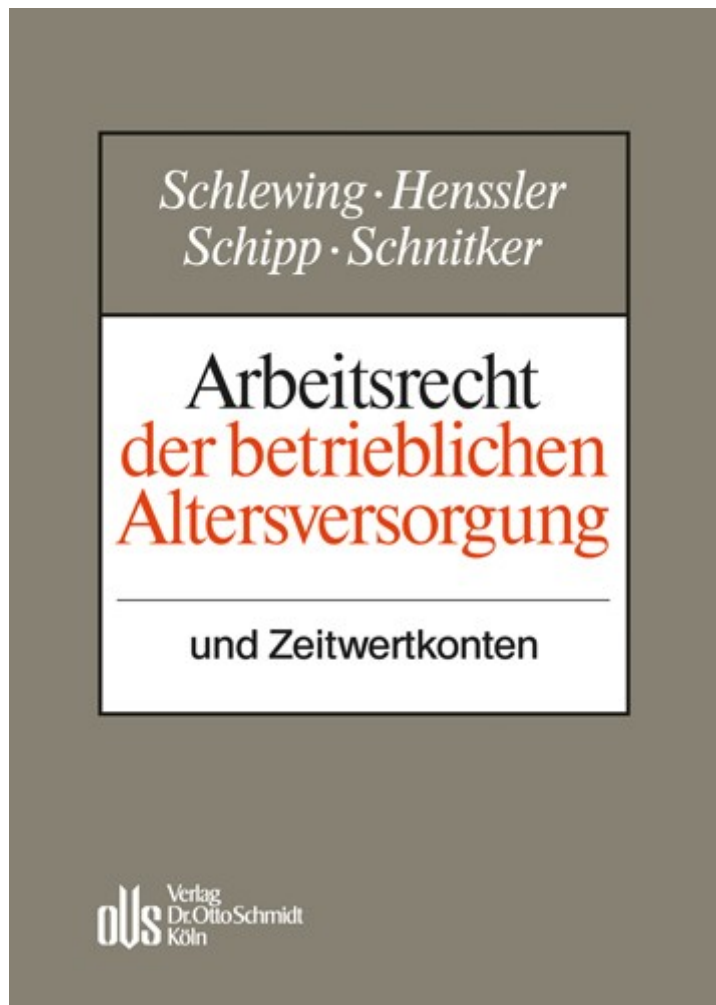
Dr. Otto Schmidt Köln

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 504 25702 6

Leseprobe zu



2012, 2198 Seiten, Ordner Leinen, Handbuch, 16,5 x 23,5cm
ISBN 978-3-504-25702-6
169,00 €

Arbeitsrecht der betrieblichen Altersversorgung

und Zeitwertkonten

begründet von

Dr. Boy-Jürgen Andresen · Prof. Dr. Dr. Wolfgang Förster
Norbert Rößler · Jochen Rühmann
unter Mitarbeit von Dr. Volker Matthießen

fortgeführt und herausgegeben von

Dr. Anja Schlewing
Richterin am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

Prof. Dr. Martin Henssler
Universität zu Köln

Dr. Johannes Schipp
Rechtsanwalt, Gütersloh

Dr. Elmar Schnitker
Rechtsanwalt, Köln

ojs
Verlag
Dr. Otto Schmidt
Köln

Zitierempfehlung:

Schlewing/Henssler/Schipp/Schnitker, Arbeitsrecht der betrieblichen Altersversorgung, Teil ... Rz. ...

*Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Verlag Dr. Otto Schmidt KG
Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln
Tel. 02 21/9 37 38-01, Fax 02 21/9 37 38-943
info@otto-schmidt.de
www.otto-schmidt.de

ISBN 978-3-504-25702-6

©2012 by Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das verwendete Papier ist aus chlorfrei gebleichten Rohstoffen hergestellt, holz- und säurefrei, alterungsbeständig und umweltfreundlich.

Einbandgestaltung: Jan P. Lichtenford, Mettmann
Satz: Griebisch & Rochol Druck, Hamm
Druck: Plump, Rheinbreitbach
Printed in Germany

Inhaltsübersicht*

Band I

Abkürzungsverzeichnis

	Rz.
Teil 1 A Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung	
I. Das „Drei-Säulen-Prinzip“ als Grundlage der betrieblichen Altersversorgung	1
II. Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung	16
Teil 1 B Rechtentwicklung der betrieblichen Altersversorgung	
I. Einführung zur Entwicklung des Betriebsrentenrechts	1
II. Alterssicherung in den neuen Bundesländern	21
III. Neuregelung des BetrAVG durch das Rentenreformgesetz 1999	75
IV. Neuregelung des BetrAVG durch das Altersvermögensgesetz (AVmG)	91
V. Neuregelung des BetrAVG durch das Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherungsgesetz (HZvNG)	171
VI. Neuregelung des BetrAVG durch das Alterseinkünftegesetz (AltEinkG)	181
VII. Das Gesetz zur Änderung des BetrAVG und anderer Gesetze vom 2.12.2006 (Änderung des Finanzierungsverfahrens des PSV)	231
VIII. Das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz vom 20.4.2007	237
IX. Das Gesetz zur Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge und zur Änderung des 3. Buches SGB	241
X. Strukturreform des Versorgungsausgleichs (VersAusglG)	251
XI. Änderungen durch das sog. Flexi-Gesetz	261
Teil 2 A Sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen	
I. Schnittstellen zwischen Sozialversicherungsrecht und betrieblicher Altersversorgung	1
II. Überblick über die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung	30
Teil 2 B Betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen	
I. Vorbemerkungen	1
II. Personalwirtschaftliche Aspekte der betrieblichen Altersversorgung	8
III. Betriebliche Altersversorgung im Rechnungswesen	53
IV. Betriebliche Altersversorgung in der Unternehmensbewertung	178
V. Ökonomische Grundlagen arbeitsrechtlicher Entscheidungen zur Anpassungsprüfung	199
Teil 3 Rechtliche Rahmenbedingungen des Beratungsmarktes	
Einstweilen frei (Kapitel folgt)	
Teil 4 A Sachlicher Geltungsbereich des BetrAVG	
I. Legaldefinition	1
II. Begriffsmerkmale der betrieblichen Altersversorgung	5
III. Parteien der betrieblichen Altersversorgung	19

* Ausführliche Inhaltsverzeichnisse befinden sich jeweils zu Beginn der Teile.

	Rz.
IV. Leistungskatalog	30
V. Entgeltumwandlung/Eigenbeiträge des Arbeitnehmers	56
VI. Leistungserbringung	70
VII. Beitragszusage – beitragsorientierte Zusage	85
VIII. Betriebliche Altersversorgung als Entgelt	90
IX. ABC der Abgrenzung zu anderen Leistungen	92
Teil 4 B Persönlicher Geltungsbereich	
I. Überblick	1
II. Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte)	7
III. Nichtarbeitnehmer	21
Teil 5 A Gestaltungsformen der betrieblichen Altersversorgung – Aus arbeitsrechtlicher Sicht –	
I. Überblick	1
II. Unmittelbare Versorgungszusage	8
III. Direktversicherung	
1. Begriff	20
2. Rechtsbeziehungen	35
3. Direktversicherung und Insolvenzversicherung	75

[Anschluss S. 5]

	Rz.
IV. Pensionskasse	
1. Begriff	80
2. Rechtsform	90
3. Umfang der Versicherungsaufsicht	96
4. Rechtsbeziehungen	103
5. Pensionskassen und Insolvenzschutz	136
V. Unterstützungskasse	
1. Begriff	143
2. Rechtsbeziehungen	156
VI. Pensionsfonds	
1. Begriff	196
2. Rechtsform	197
3. Umfang der Versicherungsaufsicht	198
4. Rechtsbeziehungen	199
5. Insolvenzversicherungspflicht des Pensionsfonds	200
VII. Schematischer Überblick über die Gestaltungsformen der betrieblichen Altersversorgung und ihre Einsatzmöglichkeiten	201
 Teil 5 B Gestaltungsformen der betrieblichen Alters- versorgung – Aus steuerrechtlicher Sicht –	
I. Pensionsverpflichtung	
1. Überblick	1
2. Steuerliche Behandlung beim Arbeitgeber	10
3. Besteuerung der Pensionsleistungen beim Versorgungsempfänger	205
II. Unterstützungskassen	
1. Steuerrechtlicher Abzug der Zuwendungen an eine Unterstützungskasse	240
2. Besteuerung der Leistungen aus einer Unter- stützungskasse beim Leistungsempfänger	500
3. Steuerfreiheit und Steuerpflicht der Unter- stützungskasse	507
III. Direktversicherung	
1. Allgemeines zur Direktversicherung	580

	Rz.
2. Steuerrechtliche Behandlung der Direktversicherung beim Arbeitgeber	620
3. Steuerliche Behandlung beim versorgungsberechtigten Arbeitnehmer	658
IV. Pensionskassen	
1. Allgemeines	748
2. Steuerliche Behandlung der Zuwendungen beim Trägerunternehmen	770
3. Besteuerung der Zuwendungen an eine Pensionskasse und der Leistungen der Pensionskasse beim Begünstigten	796
4. Steuerfreiheit und Steuerpflicht der Pensionskasse	804
V. Pensionsfonds	
1. Allgemeines	841
2. Steuerliche Behandlung der Beiträge an den Pensions- fonds beim Trägerunternehmen	861
3. Besteuerung der Beiträge an den Pensionsfonds und der Leistung des Pensionsfonds an den Begünstigten ..	910
4. Steuerpflicht des Pensionsfonds	921
Teil 6 Systemgestaltung in der betrieblichen Alters- versorgung	
1. Überblick	1
2. Nominalbetragssysteme (Festbetragszusagen)	11
3. Gehaltsabhängige (dynamische) Leistungssysteme	45
4. Gesamtversorgungssysteme	95
5. Beitragsorientierte Leistungszusagen	130
6. Beitragszusage mit Mindestleistung	171
7. Beitragspläne (Defined Contribution Plans)	180
8. Deferred Compensation (aufgeschobene Vergütung/ Gehaltsumwandlung)	205
9. Vergleich der Leistungssysteme	232
Teil 7 A Begründung betrieblicher Versorgungsan- sprüche und allgemeine inhaltliche Schranken – Begründung betrieblicher Versorgungs- ansprüche –	
I. Einleitung	1

	Rz.
II. Individualarbeitsrechtliche Begründungsformen	
1. Einzelvertragliche Regelungen	10
2. Vertragliche Einheitsregelungen und Gesamtzusagen ..	60
3. Betriebliche Übung	85
4. Grundsatz der Gleichbehandlung	142
III. Kollektivarbeitsrechtliche Begründungsformen	
1. Tarifvertrag	200
2. Betriebsvereinbarung	257
3. Freiwillige Versorgungsregelungen mit dem Sprecherausschuß der leitenden Angestellten	375
IV. Zusammentreffen mehrerer Begründungstatbestände ..	386
1. Kumulatives Zusammentreffen	393
2. Alternatives Zusammentreffen	420
 Teil 7 B Begründung betrieblicher Versorgungsan- sprüche und allgemeine inhaltliche Schranken – Allgemeine inhaltliche Schranken betrieb- licher Versorgungszusagen –	
I. Grundrechtsschranken	1
1. Allgemeines – mittelbare und unmittelbare Drittwirkung der Grundrechte	9
2. Art. 9 Abs. 3 GG	16
3. Art. 6 GG	23
4. Art. 3 GG	35
II. Allgemeiner arbeitsrechtlicher Grundsatz der Gleichbehandlung	
1. Allgemeine Grundsätze	43
2. Stichtagsregelungen	54
3. Differenzierungen zwischen Rentnern und Arbeitnehmern	63
4. Differenzierungen nach dem Eintrittsalter	71
5. Differenzierungen nach der Betriebszugehörigkeit	78
6. Abweichende Behandlung von leitenden Angestellten, außertariflichen Angestellten; Differenzierungen nach der Lohnhöhe	85
7. Differenzierungen zwischen Arbeitern und Angestellten	99

	Rz.
8. Benachteiligung Teilzeitbeschäftigter	113
9. Versorgungszusagen in Abhängigkeit von einer Eigenbeteiligung	136
10. Differenzierung zwischen Innen- und Außendienst- mitarbeitern	138
III. Gleichberechtigungsprobleme	
1. Allgemeines	144
2. Unmittelbare Diskriminierung	168
3. Mittelbare (indirekte) Diskriminierung	307
IV. Beachtung höherrangigen Rechts	
1. Bindung an materielle Gesetze	350
2. Bindung an Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen	357
V. Billigkeitskontrolle	365
1. Individualzusagen	372
2. Vertragliche Einheitsregelungen und Gesamtzusagen ..	379
3. Betriebsvereinbarung	386
4. Tarifverträge	395
 Teil 7 C Begründung betrieblicher Versorgungsan- sprüche und allgemeine inhaltliche Schranken – Grundsätze zur Auslegung von Versorgungsverträgen –	
I. Problemfelder	1
II. Allgemeine Auslegungsgrundsätze	15
1. Besonderheiten bei einzelvertraglichen Versorgungszusagen	25
2. Besonderheiten bei kollektivrechtlich begründeten Versorgungszusagen	35
III. Grenzen für die Auslegung von Versorgungs- regelungen durch die Gerichte	43
IV. Ausgesuchte Beispiele für die Auslegungspraxis der Gerichte	50
V. Informationspflichten des Arbeitgebers oder Versorgungsträgers	59

Teil 7 D	Begründung betrieblicher Versorgungsansprüche und allgemeine inhaltliche Schranken – Informations- und Mitwirkungspflichten der Versorgungsberechtigten, der Arbeitgeber und der Versorgungsträger –	
	I. Pflichten der Arbeitnehmer und Versorgungsempfänger	
	1. Überblick	1
	2. Auflagen für die Erteilung der Versorgungszusage	11
	3. Nebenpflichten in der Anwartschaftszeit (aktive Tätigkeit)	21
	4. Nebenpflichten mit Beginn und während des Ruhestandsverhältnisses	31
	II. Informationspflichten des Arbeitgebers oder Versorgungsträgers	
	1. Überblick	41
	2. Gesetzliche Grundlagen für Informations- und Aufklärungspflichten	51
	III. Richterrechtliche Informationspflichten	61
	IV. Informationspflichten des Arbeitgebers bei Entgeltumwandlung	71
Teil 8 A	Mitbestimmung des Betriebsrats/Sprecherausschusses – Gesetzliche Ausgangspunkte der Mitbestimmung des Betriebsrats/Sprecherausschusses bei der betrieblichen Altersversorgung –	
	I. Obligatorische und freiwillige Mitbestimmung	1
	II. Mitbestimmungstatbestände nach § 87 Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 10 BetrVG	10
	III. Steuerrechtliche Mitwirkung bei Unterstützungskassen	21

	Rz.
Teil 8 B Mitbestimmung des Betriebsrats – Allgemeine Fragestellungen –	
I. Ausschluss des Mitbestimmungsrechts	1
1. Gesetzesvorrang	10
2. Tarifvorrang	20
II. Sachlicher Geltungsbereich	
1. Öffentlicher Dienst	30
2. Tendenzbetriebe und Religionsgemeinschaften	37
3. Betriebe ohne Betriebsrat	45
4. Übergangsmandat/Restmandat	47
III. Persönlicher Geltungsbereich	55
1. Leitende Angestellte	62
2. Außertarifliche Angestellte	75
3. Rentner	82
4. Ausgeschiedene Arbeitnehmer	92
5. Mitbestimmung bei Entgeltumwandlung	93
IV. Mitbestimmung und Einzelfall	100
V. Zuständige Betriebsverfassungsorgane	107
VI. Durchsetzung der Mitbestimmung	
1. Informationsrecht	120
2. Freiwillige und erzwingbare Mitbestimmung	128
3. Verhandlungspflicht und Initiativrecht des Betriebsrats	135
4. Einigungsmöglichkeiten: Regelungsabrede und Betriebsvereinbarung	145
5. Einigungsstellenverfahren	156
6. Folgen der Nichtbeachtung des Mitbestimmungsrechts	165
7. Gerichtliches Verfahren	200

	Rz.
Teil 8 C Mitbestimmung des Betriebsrats – Spezielle Probleme der Mitbestimmung bei der betrieblichen Altersversorgung –	
I. Freiwilligkeit der betrieblichen Altersversorgung	1
II. Mitbestimmungsfreie Entscheidung des Arbeitgebers ...	8
1. Einrichtung und Schließung des Versorgungswerks	15
2. Dotierungsrahmen	36
3. Gestaltungsform	123
4. Begünstigter Personenkreis	133
III. Mitbestimmung bei Unterstützungskassen, Pensionskassen und Pensionsfonds	
1. Zum Begriff Sozialeinrichtung	144
2. Sozialeinrichtungen in der betrieblichen Altersversorgung	152
3. Begünstigter Personenkreis	164
4. Umfang des Mitbestimmungsrechts	176
5. Mitbestimmungsverfahren	222
IV. Mitbestimmung bei Direktzusagen und Direktversicherungen	
1. Zur Anwendbarkeit von § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG auf Direktzusagen	258
2. Zur Anwendbarkeit von § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG auf Direktversicherungen	270
3. Inhalt des Mitbestimmungsrechts	280
V. Besonderheiten bei Gruppen- und Konzernkassen und überbetrieblichen Pensionsfonds	295

[Anschluss S. 11]

	Rz.
Teil 9 A Anspruch auf betriebliche Altersrente bei Eintritt des Versorgungsfalls	
I. Versorgungsfall	1
II. Anspruch dem Grunde nach	10
1. Sozialversicherungsrechtliche Grundlagen: Alters- grenzen der gesetzlichen Rentenversicherung	17
2. Arbeitsrechtliche Grundlagen: Pensionierung	92
3. Festlegung des Endalters in der Versorgungszusage	242
4. Erfüllung der Leistungsvoraussetzungen für die Regelaltersrente	340
5. Voraussetzungen für die vorgezogene betriebliche Altersrente	400
6. Betriebliche Teilrente	705
7. Invalidität vor Erreichen der Altersgrenze	735
8. Versorgungsfall aus einer unverfallbaren Anwartschaft	765
9. Beginn, Ende und Auszahlung der Leistungen	775
10. Nebenpflichten des Versorgungsempfängers bei Eintritt des Versorgungsfalls	810
III. Anspruch auf betriebliche Altersrente der Höhe nach ...	870
1. Maßgebliche Versorgungszusage	880
2. Grundbegriffe	890
3. Anrechnung von anderen Leistungen und Anrechnungsverbot	980
4. Berechnung der Regelaltersrente bei unterschiedlichen Versorgungsmodellen	1490
5. Anspruch auf betriebliche Altersrente bei einem Wechsel zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigung	1610
6. Anspruch auf betriebliche Altersrente bei ausge- schiedenen Arbeitnehmern mit einer unverfallbaren Versorgungsanwartschaft	1630
7. Höhe der vorgezogenen betrieblichen Altersrente	1640
Teil 9 B Invalidenrente	
I. Anspruch auf betriebliche Invalidenrente	1
1. Sozialversicherungsrechtliche Grundlagen	6
2. Begriff der Invalidität in Versorgungsregelungen	55
3. Wartezeit	90
4. Beginn der Invalidität und Arbeitsverhältnis	100

	Rz.
5. Nachweis der Invalidität	120
6. Dauer	130
7. Nebenpflichten	160
II. Höhe der Invaliditätsrente	
1. Allgemeines	170
2. Zurechnungszeiten	180
3. Anrechnung anderer Leistungen	190
Teil 9 C Hinterbliebenenrente	
I. Anspruch auf betriebliche Hinterbliebenenrente bei Eintritt des Versorgungsfalls	1
1. Sozialversicherungsrechtliche Grundlagen	10
2. Arten betrieblicher Hinterbliebenenleistungen	40
3. Leistungsvoraussetzungen	90
4. Beginn und Ende der Leistungen	200
II. Höhe der betrieblichen Hinterbliebenenleistungen	
1. Allgemeines	230
2. Anrechnung von anderen Leistungen und Einkommen	240
Teil 9 D Auswirkungen der Währungsunion (Euro) auf die Versorgungsverträge	
Teil 10 A Versorgungsanwartschaften und Beendigung des Arbeitsverhältnisses – Unverfallbarkeit einer Versorgungsanwartschaft –	
I. Geschichtliche Entwicklung der Unverfallbarkeit	1
1. Verfallklauseln	10
2. Grundsatzurteile des BAG vom 10.3.1972	20
3. BetrAVG	30
4. Zeitliche Abstufungen der Unverfallbarkeits- regelungen	40
5. Tendenzen in der europäischen Rechtsentwicklung	50
6. Novellierung des BetrAVG	60
II. Normzweck und wesentlicher Gehalt des § 1 BetrAVG	
1. Normzweck	70

	Rz.
2. Wesentlicher Gehalt	80
3. Verfassungsmäßigkeit	90
III. Grenzen der Privatautonomie bei Vereinbarungen über Verfallbarkeit und Unverfallbarkeit	
1. Verfallbarkeit	100
2. Unabdingbarkeit der Unverfallbarkeit	110
3. Vertragliche und gesetzliche Unverfallbarkeit	120
IV. Voraussetzungen der Unverfallbarkeit	
1. Übersicht	130
2. Anwartschaft auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung	145
3. Mindestdauer in den zwei Unverfallbarkeitsalternativen (§ 1 Abs. 1 BetrAVG a. F.)	155
4. Zusagezeitpunkt	170
5. Zusagedauer	365
6. Betriebszugehörigkeitsdauer	515
7. Vollendung des 30. Lebensjahrs	785
8. Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor Eintritt des Versorgungsfalls	795
V. Rechtsfolgen	855
1. Aufrechterhaltung einer unmittelbaren Versorgungsanwartschaft	865
2. Aufrechterhaltung einer Anwartschaft aus einer Direktversicherung	925
3. Aufrechterhaltung einer Versorgungsanwartschaft aus einer Pensionskasse gegenüber einem Pensionsfonds ..	1025
4. Aufrechterhaltung einer Versorgungsanwartschaft auf Leistungen aus einer Unterstützungskasse	1040
5. Besonderheiten bei der Entgeltumwandlung (§ 1 b Abs. 5 BetrAVG)	1044
VI. Hinweis- und Aufklärungspflichten	1045
Teil 10 B Versorgungsanwartschaften und Beendigung des Arbeitsverhältnisses – Höhe einer unverfallbaren Versorgungsanwartschaft –	
I. Grundlagen der gesetzlichen Regelung des § 2 BetrAVG	1

	Rz.
1. Entstehungsgeschichte	8
2. Regelungstechnik des Gesetzes	20
3. Zeitlicher Geltungsbereich	30
4. Berechnungsverfahren als Mindestregelung	36
5. Versorgungsleistungen mit Arbeitgeber- und Arbeit- nehmerbeteiligung	55
II. Ratierliches Berechnungsverfahren bei einer unmittelbaren Versorgungszusage	65
1. Grundformel des ratierlichen Anspruchs	75
2. Bedeutung des ratierlichen Anspruchs für das Betriebsrentenrecht	107
3. Ermittlung der tatsächlichen Betriebszugehörigkeit	115
4. Mögliche Betriebszugehörigkeit	190
5. Erreichbarer Anspruch bei Altersleistungen	260
6. Erreichbarer Anspruch bei den Versorgungsfällen Tod und Invalidität	810
III. Höhe der unverfallbaren Versorgungsanwartschaft bei einer Unterstützungskasse	830
IV. Höhe der unverfallbaren Versorgungsanwartschaft bei einer Direktversicherung	
1. Gesetzgeberischer Grund für die alternativen Berechnungsverfahren	840
2. Ratierliche Berechnung (§ 2 Abs. 2 Satz 1 BetrAVG) ..	850
3. Versicherungsvertragliche Lösung	900
4. Ausübung des Wahlrechts	946
5. Verfügungsbeschränkungen für den Arbeitnehmer	955
6. Rechtsfolgen bei Verstößen	985
V. Höhe der unverfallbaren Anwartschaft bei einer Pensionskasse	
1. Zweck der Sonderregelung des § 2 Abs. 3 BetrAVG und Überblick	995
2. Ratierliche Berechnung	1005
3. Versicherungsvertragliche Lösung	1015
4. Verfügungsbeschränkungen für den Arbeitnehmer	1045
VI. Höhe der unverfallbaren Anwartschaft bei einem Pensionsfonds	1055

	Rz.
VII. Abwicklung der unverfallbaren Anwartschaft bei beitragsorientierten Zusagen	1066
VIII. Abwicklung der unverfallbaren Anwartschaft aus Entgeltumwandlung	1076
IX. Abwicklung der unverfallbaren Anwartschaft bei einer Beitragszusage mit Mindestleistung	1087
 Teil 10 C Versorgungsanwartschaften und Beendigung des Arbeitsverhältnisses – Auskunftspflichten des Arbeitgebers –	
I. Überblick	1
II. Rechtsnatur des Auskunftsanspruchs	7
III. Berechtigte	12
IV. Berechtigtes Interesse	16
V. Auskunftsverpflichtete	19
VI. Inhalte der Auskunftsansprüche	25
1. Auskunftsverpflichtung des bisherigen Versorgungsträgers	26
2. Auskunftsverpflichtung des neuen Versorgungsträgers	34
VII. Form	37
VIII. Zeitpunkt	40
IX. Mitwirkungspflicht des Arbeitnehmers	41
X. Durchsetzung	43

Band II

Teil 11 Abfindung von Versorgungsanwartschaften

I. Grundzüge und Normzweck des § 3 BetrAVG	1
II. Verbot der Abfindung von Anwartschaften und laufenden Leistungen, Abs. 1	
1. Sachlicher Anwendungsbereich	11
2. Persönlicher Anwendungsbereich	22
3. Zeitliche Geltung	26
4. Erfasste Vorgänge	31
5. Mitbestimmung durch den Betriebsrat	43
6. Tarifdispositivität	44
III. Erlaubte Abfindungen	
1. Abfindung von Kleinrenten und Kleinanwartschaften, Abs. 2	45
2. Abfindung nach Erstattung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, Abs. 3	63
3. Abfindungsrecht für während eines Insolvenzverfahrens erdiente Anwartschaften, Abs. 4	71
IV. Höhe der Abfindung	75
V. Gesonderte Ausweisung und einmalige Auszahlung des Abfindungsbetrags	77

	Rz.
VI. Steuerliche Behandlung der Abfindungsbeträge	79
VII. Behandlung der Abfindung in der Krankenversicherung der Rentner und der Pflegeversicherung	82
VIII. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Abfindungsverbot	83
Teil 12 Übertragung von Versorgungsanwartschaften	
I. Überblick	1
II. Möglichkeiten der rechtsgeschäftlichen Übernahme von Versor- gungsverbindlichkeiten	
1. Schuldübernahme nach §§ 414 ff. BGB	12
2. Kumulative Schuldübernahme (Schuldbeitritt)	14
3. Erfüllungsübernahme und Vertrag zu Gunsten Dritter	20
III. Übertragungsverbot und erlaubte Übertragungen gem. § 4 BetrAVG	
1. Normzwecke	21
2. Regelungsgehalt des § 4 BetrAVG – Überblick	28
3. Das Übertragungsverbot gem. Abs. 1	34
IV. Erlaubte Übertragungen gem. § 4 Abs. 2 und 3 BetrAVG	
1. Grundlagen	97
2. Einvernehmliche Übertragung gem. Abs. 2	101
3. Der Anspruch auf Wertübertragung nach § 4 Abs. 3 BetrAVG	164
V. Die Einstellung der Betriebstätigkeit mit nachfolgender Liquidation, § 4 Abs. 4 BetrAVG	
1. Rechtsentwicklung	203
2. Voraussetzungen und Folgen der Übertragung einer Zusage nach Abs. 4	205
VI. Die Berechnung des Übertragungswertes	
1. Grundsätze	222
2. Berechnung des Übertragungswertes bei Direktzusagen und Unterstützungskassen	225
3. Berechnung des Übertragungswertes bei Direktversicherung, Pensionsfonds oder Pensionskasse	233
VII. Auskunftspflichtung des Arbeitgebers	239
Teil 13 A Insolvenzversicherung – Insolvenzversicherung betrieblicher Versorgungsansprüche –	
I. Geschichte, Funktion und Systematik der gesetzlichen Insolvenz- versicherung	1
II. Sicherungsfälle	25
1. Insolvenz des Arbeitgebers	35
2. Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse	52
3. Außergerichtlicher Vergleich	70
4. Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit	80
5. Weitere Sicherungsfälle?	115

	Rz.
III. Versorgungsrisiken infolge Insolvenz	140
1. Versorgungsrisiken bei unmittelbarer Versorgungszusage	150
2. Versorgungsrisiken bei Bestehen einer Direktversicherung	295
3. Versorgungsrisiken bei Bestehen einer Pensionskasse	370
4. Versorgungsrisiken bei Bestehen einer Unterstützungskasse ..	380
5. Versorgungsrisiken bei Bestehen eines Pensionsfonds	385
6. Versorgungsansprüche bei Bestehen von Rückdeckungsver- sicherungen	390
7. Folgerungen für den Insolvenzschutz	400

[Anschluss S. 27]

	Rz.
IV. Vertragliche Insolvenzversicherung	410
1. Vertragliche Insolvenzversicherung mit Hilfe von Rückdeckungsversicherungen	420
2. Andere vertragliche Insolvenzversicherungen	460
V. Voraussetzungen des Insolvenzversicherungsanspruchs	470
1. Gesicherte Anspruchsberechtigte	480
2. Gesicherte Versorgungsleistungen	550
3. Gesicherte Anwartschaften	600
4. Nichterfüllung	670
VI. Versicherungsanspruch gegen den Pensions- Sicherungs-Verein aG	
1. Rechtsnatur	680
2. Entstehung und Fälligkeit	690
3. Anspruchsumfang bei Versorgungsleistungen	710
4. Minderung bei tatsächlichen Versorgungsleistungen des Arbeitgebers (§ 7 Abs. 4 BetrAVG)	865
5. Anspruchsumfang bei Anwartschaften	880
6. Leistungsausschlüsse	980
7. Erlöschen des Anspruchs	1050
8. Verjährung, Verwirkung	1120
VII. Durchführung der Insolvenzversicherung bei Eintritt eines Sicherungsfalls (§§ 8, 9 BetrAVG)	1130
1. Mitteilungspflicht nach § 9 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG	1140
2. Anmeldepflicht des Berechtigten (§ 9 Abs. 1 Satz 2 BetrAVG)	1175
3. Abwicklung über Unternehmen der Lebensversiche- rung oder Pensionskassen (§ 8 Abs. 1 BetrAVG)	1190
4. Abfindung von Anwartschaften (§ 8 Abs. 2 BetrAVG)	1225
5. Gesetzlicher Forderungsübergang (§ 9 Abs. 2 BetrAVG)	1310
6. Gesetzlicher Vermögensübergang bei Unter- stützungskassen (§ 9 Abs. 3 BetrAVG)	1475
7. Gesetzlicher Vermögensübergang beim Pensionsfonds (§ 9 Abs. 3a BetrAVG)	1550

Teil 13 B Insolvenzversicherung – Organisationsrecht
der Insolvenzversicherung –

I. Pensions-Sicherungs-Verein als Träger der Insolvenzversicherung	
1. Geschichte, Gründung und Funktion des Pensions- Sicherungs-Vereins auf Gegenseitigkeit	1
2. Pensions-Sicherungs-Verein als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	20
3. Pensions-Sicherungs-Verein als beliehenes Unternehmen	105
4. Befreiung von der Steuerpflicht	120
5. Verschwiegenheitspflicht (§ 15 BetrAVG)	130
6. Ersatzlösung durch die Deutsche Ausgleichsbank (§ 14 Abs. 2 und 3 BetrAVG)	145
II. Finanzierung der Insolvenzversicherung	155
1. Beitragspflicht	165
2. Berechnung des Gesamtbeitragsaufkommens (§ 10 Abs. 2 BetrAVG)	360
3. Berechnung der individuellen Beitragsbemessungs- grundlage	465
III. Mitteilungs- und Auskunftspflichten (§§ 11, 12 BetrAVG)	700
1. Erstmalige Mitteilung durch den Arbeitgeber (§ 11 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG)	710
2. Periodische Mitteilungen (§ 11 Abs. 2 BetrAVG)	770
3. Auskunftspflichten (§ 11 Abs. 1 Satz 2 BetrAVG)	825
4. Mitteilungs- und Auskunftspflichten in der Insolvenz (§ 11 Abs. 3–5 BetrAVG)	870
5. Amtshilfe	945
6. Sanktionen	960
IV. Rechtsstreitigkeiten	
1. Beitragsstreitigkeiten	990
2. Rechtsstreitigkeiten zwischen Pensions-Sicherungs- Verein und einem Arbeitgeber nach § 11 BetrAVG	1005
3. Klagen des Insolvenzverwalters auf Auskunfts- erteilung nach § 11 Abs. 4 BetrAVG	1015
4. Klagen zwischen Arbeitnehmern, ehemaligen Arbeitnehmern und Pensions-Sicherungs-Verein	1025

	Rz.
5. Klagen zwischen den nach § 7 BetrAVG Berechtigten und dem Konsortium der Lebensversicherer	1035
6. Klagen zwischen Nichtarbeitnehmern und dem Pensions-Sicherungs-Verein	1045
7. Klagen zwischen dem Pensions-Sicherungs-Verein und dem Insolvenzverwalter	1070
8. Klagen zwischen dem Pensions-Sicherungs-Verein und einem selbständigen Versorgungsträger	1080
9. Pensions-Sicherungs-Verein als Streithelfer	1090

[Anschluß S. 29]

	Rz.
10. Örtliche Zuständigkeit	1100
11. Streitwert	1110
Teil 14 A Wechsel des Versorgungsschuldners – Rechtsgeschäftliche Schuldübernahme –	
I. Überblick	1
II. Rechtsgeschäftliche Übernahme von Versorgungs- verbindlichkeiten und ihre Einschränkung durch § 4 BetrAVG	
1. Schuldübernahme nach §§ 414 ff. BGB	15
2. Kumulative Schuldübernahme (Schuldbeitritt)	25
3. Erfüllungsübernahme	40
4. Einschränkungen nach § 4 BetrAVG	50
III. Übertragungsverbot des § 4 BetrAVG	
1. Normzweck	60
2. Sachlicher Geltungsbereich des Übertragungsverbots .	90
3. Persönlicher Geltungsbereich des Übertragungs- verbots	230
4. Abdingbarkeit	250
5. Rechtsfolgen eines Verstoßes	260
IV. Erlaubte Übertragungen	
1. Grundlagen	300
2. Zur Übertragung berechtigte Versorgungsträger	310
3. Zur Übernahme berechtigte Versorgungsträger	320
4. Übertragungsvorgang	420
5. Inhalt der zu übertragenden Verpflichtung	530
6. Ausgleich für den „Übernehmer“	565
7. Rechtsfolgen einer zulässigen Übertragung	575
8. Steuerliche Folgen einer Übertragung	645
Teil 14 B Wechsel des Versorgungsschuldners – Betriebsübergang, § 613 a BGB –	
I. Voraussetzungen	
1. Entstehungsgeschichte, Zweck und Anwendungs- bereich	1
2. Übergang eines Betriebs oder Betriebsteils	50
3. Übergang durch Rechtsgeschäft	130

	Rz.
4. Übergang auf einen anderen Inhaber	170
II. Allgemeine Rechtsfolgen des § 613 a BGB	
1. Übergang der Arbeitsverhältnisse	230
2. Haftung des Erwerbers	260
3. Haftung des Veräußerers	270
4. Bedeutung des Betriebsübergangs für das Mandat des Betriebsrats	280
5. Fortgeltung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen	290
III. Rechtsfolgen für betriebliche Versorgungsansprüche	
1. Problemfelder und Differenzierungsparameter	320
2. Haftung des Erwerbers	330
3. Haftung des Veräußerers	545
4. Bewertung der im Rahmen des Betriebsübergangs übernommenen Pensionsverpflichtungen	595
5. Privatautonome Zuordnung von Versorgungsverpflichtungen	605
IV. Betriebsübergang und Eintrittspflicht des PSV	
1. § 613 a BGB und Insolvenz	670
2. Betriebsübergang nach Ablehnung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse	755
3. Betriebsübergang nach wirtschaftlicher Notlage oder außergerichtlichem Vergleich	765
4. Betriebsübergang im Zusammenhang mit einer vollständigen Beendigung der Betriebstätigkeit (§ 7 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3)	775
5. Sonderfragen bei der Direktversicherung	785
6. Betriebsübergang und Gesamtvollstreckung in den neuen Bundesländern bis zum 1. 1. 1999	795
Teil 14 C Wechsel des Versorgungsschuldners – Umwandlung –	
I. Überblick	1
II. Grundzüge des Umwandlungsrechts	
1. Allgemeines	10
2. Verschmelzung	20
3. Spaltung	30
4. Vermögensübertragung	45

	Rz.
5. Formwechsel	55
6. Inkrafttreten und Übergangsvorschrift.....	65
III. Zur Anwendbarkeit von § 613 a BGB auf Umwandlungen	
1. Korrektur der bislang herrschenden Meinung durch das Umwandlungsrecht.....	75
2. Relevanz von § 613 a BGB bei den verschiedenen Umwandlungsvorgängen.....	90
3. Spaltungsrechtliche Zuordnung von arbeitsrechtlichen Verpflichtungen	100
IV. Auswirkungen auf die betriebliche Altersversorgung ...	115
1. Spaltungs- und Übernahmevertrag und Versorgungs- verpflichtungen.....	125
2. Gläubigerschutz.....	200
3. Insolvenzschutz	270
4. Anpassungsprüfung laufender Leistungen	300
5. Änderbarkeit von Versorgungsregelungen nach einer Umwandlung.....	310
6. Sonderfragen bei „Rentnergesellschaften“	320
7. Mitbestimmungsrechte/Arbeitnehmerrechte nach Durchführung der Umwandlung.....	330
 Teil 14 D Wechsel des Versorgungsschuldners – Andere Fälle des Wechsels des Versor- gungsschuldners –	
I. Erbfall.....	1
II. Firmenfortführung.....	10
1. Rechtsfolgen für den Veräußerer	20
III. Eintritt in das Geschäft eines Einzelhandelskaufmanns.	40
IV. Wechsel aus der unbeschränkten in eine beschränkte Haftung	50
V. Vermögensübernahme (bis 31.12.1998).....	60
VI. Leiharbeitsverhältnisse nach § 9 Nr. 1 AÜG.....	75
VII. Rechtsverhältnis zum Pensions-Sicherungs-Verein aG bei Eintritt einer Insolvenz.....	85
 ABAV Lfg. 10 Oktober 2007	 31

Teil 15 A	Haftung – Beendigung der Haftung des Versorgungsschuldners –	
Teil 15 B	Haftung – Liquidation des Arbeitgebers –	
	I. Vorbemerkung	1
	II. Die Konzeption der Insolvenzsicherung	15
	1. Rechtslage in der Insolvenz des Arbeitgebers	25
	2. Rechtslage bei Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse	40
	3. Rechtslage bei außergerichtlichem Vergleich	60
	4. Rechtslage bei vollständiger Beendigung der Betriebs- tätigkeit	70
	III. Ermittlung der Abfindungsbeträge bei freiwilliger Liquidation	80
Teil 15 C	Haftung – Gesetzliche Grundlagen der Haf- tung –	
	I. Versorgungsschuldner	1
	II. Versorgungsschuldner bei Konzerneinbindung	10
	III. Haftung der Gesellschafter von Kapitalgesellschaften ...	20
	IV. Haftung von Einzelkaufleuten	30
	V. Haftung von Gesellschaftern von Personengesell- schaften	40
	VI. Haftung der Organmitglieder von Kapitalgesellschaf- ten	55
	VII. Haftung der Organe eingetragener Vereine	65
Teil 15 D	Haftung – Nachhaftung ausgeschiedener Personengesellschafter –	
	I. Haftungsgrund	1

	Rz.
II. Rechtslage bis zum 19.5.1983 (Grundsatzentscheidungen des BGH zur Frage der Nachhaftung)	15
III. Rechtslage nach dem 19.5.1983	35
IV. Haftungsbegrenzung nach dem Nachhaftungsbegrenzungsgesetz ..	50
1. Neuregelung der Enthaftung des Gesellschafters nach § 160 HGB	60
2. Enthaftung des Einzelkaufmanns bei Firmenfortführung	70
3. Enthaftung bei Übergang des Handelsgeschäfts in eine Personengesellschaft	80
4. Nachhaftungsregelung für das Ausscheiden aus einer BGB-Gesellschaft	90
5. Nachhaftung bei Fällen der Umwandlung	100
6. Übergangsregelungen	110
7. Haftungsumfang	160
8. Durchsetzung des Haftungsanspruchs im Insolvenzfall	170
9. Privatautonome Haftungsbegrenzungen	180
10. Nicht vom Nachhaftungsbegrenzungsgesetz erfasste Fälle	195
 Teil 15 E Haftung – Beendigung der Haftung durch Abfindung oder Übertragung –	 1
 Teil 15 F Haftung – Beendigung der Haftung des Versorgungsschuldners wegen Verjährung des Versorgungsanspruchs oder wegen Verjährung von Rentenleistungen –	 1
 Teil 15 G Haftung – Beendigung der Haftung des Versorgungsschuldners infolge Verwirkung –	 1
 Teile 16, 17 und 18 <i>Einstweilen frei.*</i>	
 Teil 19 Versorgungsausgleich	
I. Terminologie	1
II. Verfassungsrechtlicher Rahmen	14
1. Grundrechte des Ausgleichspflichtigen	19
2. Grundrechte des Ausgleichsberechtigten	23
3. Grundrechte	27
III. Rechtsentwicklung	32
1. Versorgungsausgleich nach dem Eheformgesetz	36
2. VersAusglG	44
3. Einbeziehung eingetragener Lebenspartnerschaften	51

* Diese Teile folgen in einer der nächsten Lieferungen.

	Rz.
IV. Sachlicher Anwendungsbereich des VersAusglG: Auszugleichendes Anrecht	55
V. Durchführung des Ausgleichs und Ausgleichsformen	69
1. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	78
2. Ausnahmsweise von Gesetzes wegen kein Versorgungsausgleich durchzuführen	87
3. Ausgleichsreife als Trennlinie zwischen Wertausgleich bei der Scheidung und Ausgleich nach der Scheidung	100
4. Grundsatz bei Ausgleichsreife: Wertausgleich durch interne Teilung	112
5. Ausnahme bei Ausgleichsreife: Wertausgleich durch externe Teilung	149
6. Bei fehlender Ausgleichsreife: Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	186
7. Sondervorschriften einschließlich Abänderung	241
VI. Steuerliche Behandlung der übertragenen Anrechtsteile	
1. Interne Teilung	259
2. Externe Teilung	263
3. Schuldrechtliche Ausgleichsansprüche	269
VII. Berechnung von Ehezeitanteil und Ausgleichswert im Wertausgleich bei der Scheidung	272
1. Bezugsgrößen	278
2. Rechenschritte	331
VIII. Berechnungen bei Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung	412
1. Bezugsgrößen	413
2. Rechenschritte	426
3. Rechenschritte bei Ausgleichsansprüchen nach §§ 25, 26 VersAusglG	438
4. Berechnung von Abfindungsbeträgen nach § 24 VersAusglG	440
IX. Beteiligung des Versorgungsträgers am Scheidungsverfahren	
1. Beteiligung kraft Gesetzes	445
2. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten	448
X. Mitbestimmung des Betriebsrats	456

Textteil

Stichwortverzeichnis